

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 21.01.2020
Beginn: 16:15 Uhr
Ende 17:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Frau Heike Corinth

Frau Christa Labouvie bis 17:25 Uhr

Mitglieder

Herr Jacob Friedrich Bernhardt

Frau Kerstin Brusch

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Thomas Haack bis 17:25 Uhr

Herr Steffen Ritschel

Herr Maximilian Schwarz ab 16:25 Uhr

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Herr Jörn Tuttlies

Frau Madlen Zicker

Gäste

Frau Birgit Wacks

Frau Dr. Jane Brückner

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 26.11.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Verfahrensweise des Lehrerreferendariats und Einstellungsverfahren zu offenen Lehrerstellen in Stralsund
- 4.2 Wegweisung/Beschilderung in der Stadt zum Campus
- 4.3 Medienentwicklungsplanung
- 4.4 Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 26.11.2019

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 26.11.2019 wird ohne Änderung/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlage zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Verfahrensweise des Lehrerreferendariats und Einstellungsverfahren zu offenen Lehrerstellen in Stralsund

Herr Hofmann informiert, dass Herr Haack und Frau Corinth den Entwurf eines Briefes an die Ministerin vorbereitet haben. Der Entwurf liegt allen vor.

Frau Corinth verdeutlicht, dass im Brief auch die derzeit bestehenden Probleme angesprochen werden sollten.

Sie ist der Meinung, dass ältere und erfahrene Kollegen länger im aktiven Arbeitsleben gehalten werden sollten, da diese oftmals frühzeitig in Rente gehen. Gleichzeitig ist es aus ihrer Sicht aber auch wichtig, junge Kollegen einzustellen.

Frau Labouvie schlägt vor, im Anstrich 3 klarer zu formulieren, dass die Schulen ein Anrecht erhalten sollen, die eigenen Referendare zu übernehmen.

Herr Haack verdeutlicht, dass die ausbildenden Schulen ein Vorrecht erhalten sollen, die Referendare einzustellen, die sich bewährt haben.

Frau Labouvie ist der Ansicht, diese Forderung zu verschärfen.

Frau Corinth informiert, dass oft ein Bewerber von außerhalb eingestellt wird, da der ausgebildete Referendar die Fachrichtung nicht nachweisen kann.

Frau Dr. Carstensen unterstützt die Meinung von Frau Labouvie.

Herr Hofmann schlägt vor, im Anstrich 3 das Wort „zwingend“ zu ergänzen.

Herr Bernhardt formuliert eine mögliche Ergänzung: „sofern eine freie Planstelle an dieser Schule vorhanden ist, soll diese mit dem vorhandenen Referendar besetzt werden.“

Frau Corinth gibt zu überdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, den Satz von Herrn Haack „den Schulen feste Handhabungen bei der Einstellung der Referendare und Lehrer zu ermöglichen“ aus dem letzten Protokoll einzuarbeiten.

Herr Ritschel verdeutlicht, dass es offensichtlich sein sollte, dass es sich um selbst ausgebildete Referendare handeln soll.

Herr Hofmann erfragt, ob in diesem Brief auch das Thema Studienabbrecher mit angesprochen werden sollte.

Frau Dr. Carstensen ist der Meinung, dass damit die Themen vermischt werden.

Herr Ritschel teilt mit, dass sich laut Unterlagen des Schulamtes die Referendare auch ohne Zeugnis bewerben können.

Dazu führt Frau Corinth aus, dass der Prüfungstermin meist im Frühjahr ist. Die Zeugnisausgabe findet nach den Bewerbungsterminen statt.

Die Referendare müssen sich ohne nachgewiesenen Abschluss bewerben. Dies ist oftmals ein Problem.

Herr Hofmann ist der Meinung, dass dieser Hinweis unschädlich ist.

Herr Haack schlägt vor, den überarbeiteten Brief über einen Dringlichkeitsantrag in der Bürgerschaftssitzung am 30.01.2020 beschließen zu lassen. Danach könnte der Präsident den Brief unterzeichnen und versenden.

Herr Hofmann lässt den überarbeiteten Brief abstimmen:

„Offener Brief der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund an

Frau Bettina Martin
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Sehr geehrte Frau Martin,

nach langer und umfassender Diskussion hat die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund sich entschlossen, Ihnen einen offenen Brief zu senden.

Wir verfolgen mit großer Sorge die Situation an den Schulen. Lehrermangel, Ausfallstunden und die nicht mögliche Nachbesetzung ausgeschriebener Lehrerstellen führen zunehmend zum Qualitätseinbruch an unseren Schulen. Viele Studenten*innen verlassen nach dem Studium an unseren Hochschulen das Land. Erfolgreiche Absolventen*innen im Referendariat bewerben sich in anderen Bundesländern.

MV braucht in den nächsten zehn Jahren 8.000 neue Lehrer, um den Unterricht abzusichern. Es reicht nicht, ältere Lehrer im Landesdienst stärker zu entlasten, um diese erfahrenen Lehrer so lange wie möglich im Schuldienst zu halten.

Die folgenden vier Punkte sind für uns die wichtigsten Dinge, die im Schweriner Ministerium zeitnah bearbeitet, entsprechend beschlossen und grundlegend umgesetzt werden müssen! Nur dann kann, auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler, eine ausreichend gute Qualität im Schulbereich gesichert und entwickelt werden.

Unsere Kernforderungen lauten:

- Es muss eine Kapazitätsverordnung für Referendare erlassen werden. In dieser muss festgeschrieben sein, dass es mehr Referendare als bisher gibt und auch eine ausreichende Begleitung durch Mentoren gewährleistet ist.
- Es darf keine Anrechnung von Referendaren auf das Stundenbudget der Schulen geben! Dadurch wäre die Begleitung durch Mentoren bedeutend besser gewährleistet.
- Es muss eine Anerkennung der Bemühungen und Leistungen der ausbildenden Schulen in Form einer gesicherten Übernahme der bewährten Referendare geben. Den Schulen soll eine feste Handhabung bei der Einstellung der Referendare und Lehrer ermöglicht werden.
- Ebenfalls ist auf eine Änderung der Bewerbungsmöglichkeiten für Referendare hinzuwirken. Zurzeit sind zum Bewerbungstermin die entscheidenden Abschlussprüfungen der Referendare noch nicht abgeschlossen. Dieses steht einer fristgerechten Bewerbung im Wege.

Die Umsetzung der aufgeführten Punkte würde dafür sorgen, dass das Bildungsland MV für Referendare und Lehrer zunehmend attraktiver wird und der Stundenausfall unserer Schüler deutlich minimiert werden könnte.“

Herr Bernhardt und Herr Haack verdeutlichen, dass der Brief eine größere Wichtung erhalten würde, wenn der Kreistag Vorpommern-Rügen und die Bürgerschaft Greifswald sich mit dem gleichen Anliegen an das Ministerium wenden würden.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu, den Brief der Bürgerschaft am 30.01.2020 über eine Dringlichkeit zur Beschlussfassung vorzulegen, danach soll der Präsident diesen an das Ministerium senden.

zu 4.2 Wegweisung/Beschilderung in der Stadt zum Campus

Frau Dr. Brückner informiert, dass die Hochschule die Beschilderung zum Campus gern etwas nutzerfreundlicher gestalten würde. Sie hat eine Übersicht erstellt, wo sich Schilder befinden und was auf ihnen abgedruckt ist. Es ist aus Sicht der Fachhochschule keine einheitliche Beschilderung.

Sie merkt an, dass auch in der heutigen Zeit von Navigationsgeräten eine Beschilderung nicht unbedeutend geworden ist.

Herr Bogusch teilt mit, dass er in der Hansestadt Stralsund der richtige Ansprechpartner ist. Frau Dr. Brückner kann ihre Vorstellungen an ihn richten. Es gilt zu klären, ob die Beschilderung „Hochschule“ oder „Campus“ enthalten soll.

Er verdeutlicht, dass es enge Grenzen gibt, was die öffentliche Wegweisung betrifft.

Das Straßenbauamt im Landkreis hält die Beschilderung sehr begrenzt.

Weiter stellt er klar, dass die Hansestadt Stralsund im übertragener Wirkungskreis als untere Verkehrsbehörde tätig wird.

Er sichert zu, dass er den Kontakt mit Kollegen im Landkreis Vorpommern-Rügen herstellen wird.

Herr Bogusch bittet Frau Dr. Brückner, ihre Vorschläge in einem persönlichen Gespräch in der Verwaltung zu klären.

zu 4.3 Medienentwicklungsplanung

Herr Tuttlies stellt den Anwesenden anhand einer Präsentation den Medienentwicklungsplan vor.

Er informiert, dass die Vorlage H 0082/2020 im Hauptausschuss am 21.01.2020 verabschiedet wurde. Darin geht es um den Anschluss der Schulen an das Breitbandnetz. Es ist ein sternförmiger Ausbau der Schulnetze geplant.

Herr Tuttlies macht umfassende Ausführungen zur Präsentation.

Er teilt mit, dass alle notwendigen Anträge für die Umsetzung der Planung gestellt sind. Die Kämmerei stellt alle Mittel in den Haushalt ein.

Die Schulen sind in ihrer Umsetzung auch weit vorangekommen.

Die Präsentation wird er zu Protokoll reichen.

Herr Hofmann erfragt, in wie weit auch die ältere Generation im Digitalpakt mit eingebunden wird.

Dazu teilt Herr Tuttlies mit, dass die Förderung für Grundschulen, weiterführende Schulen und Berufsschulen ausgegeben ist.

Grundlage der Förderung ist die Bildung der heranwachsenden Generation im Umgang mit Medien.

Frau Dr. Brückner erfragt, wie die Hochschulkonzepte mit eingebunden werden.

Dazu führt Herr Tuttlies aus, dass die Hansestadt Stralsund nur für das Schulgebäude und die technische Ausstattung zuständig ist. Es werden vorrangig Fortbildungen zum Umgang mit der Technik und der technischen Ausstattung angeboten.

Herr Bernhardt erfragt, ob es in Bezug auf die Beantragung der Fördermittel Verzug gibt, da das fertige Medienentwicklungskonzept Voraussetzung dafür ist.

Herr Tuttlies erläutert, dass der Entwurf im Dezember 2019 fertig vorliegen sollte. Es waren jedoch große Überarbeitungen notwendig. Eine Beschlussfassung in der Bürgerschaft ist nun für April 2020 geplant.

Die Ausschussmitglieder einigen sich, dass die für den 04.02.2020 geplante Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung auf den 25.02.2020 um 15:45 Uhr verschoben wird.

**zu 4.4 Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019**

Frau Labouvie informiert zur Idee des Antrages. Sie schlägt vor, ein Treffen mit dem Fachausschuss aus Wismar zu planen.

Herr Hofmann regt an, erst einmal eine Meinungsbildung innerhalb des Ausschusses durchzuführen.

Herr Bernhardt erachtet es als sinnvoll, den Kreisschülerrat mit einzubeziehen und einen Vertreter zu einer Beratung hier im Ausschuss einzuladen. Der Kreisschülerrat muss seine Willensbildung einbringen.

Er informiert weiter, dass die Bürgerschaft in Wismar dem Kinder- und Jugendparlament 10T€ Budget zur freien Verfügung eingeräumt hat. Eine Wahl des Kinder- und Jugendparlaments erfolgt dort an allen weiterführenden Schulen. Die Vertreter haben ständiges Rederecht im Fachausschuss und ein Antrags- und Rederecht in der Bürgerschaft. Die Betreuung im Bürgerschaftsbüro war sehr gut. Diese Aufgabe wurde an den Kreisjugendring abgegeben. Dort gibt es eine geförderte hauptamtliche Stelle. Die Betreuung lief dort jedoch nicht so gut.

Herr Hofmann schlägt vor, das Thema am 17.03.2020 auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Einladung soll an alle Schülervereiner übersandt werden. Es soll darum gebeten werden, dass eine Aussage getroffen wird, welche Art von Kinder- und Jugendparlament in der jeweiligen Schule gewünscht ist.

Frau Labouvie schlägt vor, einen Vertreter aus Wismar dazu einzuladen, um von den Erfahrungen zu profitieren.

Herr Hofmann gibt zu bedenken, dass so schon ein Weg vorgegeben würde. Es sollten sich erst einmal die Ideen der Schülervereiner angehört werden.

Frau Corinth bittet darum, Herrn Spranger als Stadtteilvertreter über die Stadterneuerungsgesellschaft mbH einzuladen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Wacks informiert über die Projekte „Senioren ans Netz“ und „Senioren ab an die Apps“. Sie hat festgestellt, dass Förderanträge, die an die Verwaltung gestellt werden, immer noch im PDF-Format zur Verfügung gestellt werden und noch nicht online ausfüllbar sind. Sie erfragt, ob die Digitalisierung auch in der Verwaltung umgesetzt wird. Die Frage soll an das Fachamt gestellt werden.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Hofmann stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gab.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung